

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages

Rede zur Jahreshauptversammlung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V. am 7. Mai 2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich zunächst für die freundliche Einladung und die besonders liebenswürdige Begrüßung. Wenn es denn notwendig wäre, würde ich feierlich versichern, dass ich besonders gerne bei Ihnen bin. Da die meisten von Ihnen ganz sicher noch eine lebhaftige Erinnerung an die üblichen Terminabläufe in Sitzungswochen haben, muss es Ihnen spontan plausibel vorkommen, dass beinahe jede denkbare Alternative schlechter wäre, als jetzt bei Ihnen heute Nachmittag zu sein.

Ich fange mit einer sehr prinzipiellen Bemerkung an. Heute auf den Tag genau ist es 25 Jahre her, seit die legendäre Kommunalwahl in der DDR stattfand, die die letzte erfolgreich gefälschte Wahl in der DDR war und deshalb eine wesentliche Ursache der Entwicklungen war, die sich dann daraus ergeben haben – inklusive der augenscheinlichsten Entwicklung, dem Mauerfall am 9. November des gleichen Jahres, dessen 25. Jahrestag wir wiederum im Herbst dieses Jahres begehen werden. Mit dem Stichwort Wahlen liegt gleich der Hinweis nahe auf einen bedeutenden Wahltag, den wir in diesem Monat haben werden, nämlich den 25. Mai, an dem es zwei Wahlen sicher geben wird und eine dritte vielleicht. Sicher finden am 25. Mai Wahlen zum Europäischen Parlament statt, sicher finden in Deutschland gleichzeitig Kommunalwahlen statt. Vielleicht findet eine Wahl in der Ukraine statt. Tatsächlich ist die Wahl, von der wir am wenigsten verlässlich wissen, ob sie stattfindet, für die weitere Entwicklung – nicht nur in der Ukraine – möglicherweise die wichtigste. Es gehört sicherlich nicht nur für mich, sondern auch für viele von Ihnen zu den besonders bedrückenden Erfahrungen der letzten Wochen, dass es ein besonders penetranter Bestandteil der Konfliktlage ist, dass Russland hartnäckig die Legitimation der gegenwärtigen ukrainischen Regierung bestreitet und gleichzeitig alles tut, um eine durch Wahlen legitimierte ukrainische Regierung nicht zustande kommen zu lassen. Was für alle diejenigen, die jetzt mit dem berühmten Thema Konfliktmanagement befasst sind, zurückhaltend formuliert, eine sehr anspruchsvolle Versuchsordnung darstellt. Die Empfehlung, dass man Gespräche führen müsse, ist ja ebenso richtig wie offenkundig von begrenzter Wirkung: Wir haben Wochen hinter uns, in denen ständig Gespräche stattgefunden haben auf allen denkbaren Ebenen, nicht einmalig, sondern immer wieder unter gleichzeitiger ständiger Veränderung der Realität.

Dann möchte ich ein paar Anmerkungen zu der vergleichsweise banalen, aber nicht unwichtigen Frage der Regelung von Bezügen und Versorgungen für Parlamentarier und ehemalige Parlamentarier ansprechen. Das ist ja ein unter vielerlei Gesichtspunkten kontaminiertes Thema, mit dem wir alle unsere einschlägigen Erfahrungen gemacht haben. Vieles wiederholt sich, aber es gibt eine Innovation. Zum ersten Mal überhaupt in der Geschichte hat ein gewählter Deutscher Bundestag Empfehlungen einer von ihm eingesetzten Kommission tatsächlich aufgegriffen und umgesetzt. Das gab es noch nie! Und das spricht zunächst mal für die sehr gediegene Vorarbeit in dieser Kommission, die übrigens nicht unkompliziert besetzt war, wie der Kollege Spranger jetzt lebhaft berichten könnte. Das war aber vielleicht nachträglich betrachtet auch gar kein Nachteil, sondern hat gleichzeitig die Validität der gefundenen Ergebnisse gestärkt, die aber ganz sicher davon profitiert haben, dass mit Ihnen und mit Herrn Schmidt-Jortzig als Vorsitzenden und dem früheren Kollegen Funke zwar drei Kollegen in einer Minderheitsposition in dieser Kommission saßen, die dafür aber mit einer offenkundigen Lebens- und

Politik-Erfahrung ausgestattet sind, so dass manche Vorschläge, die natürlich auch nicht zum ersten Mal, sondern erneut aus dem Hut gezaubert wurden, mit den praktischen Erfahrungen absehbarer Wirkungen konterkariert werden konnten. Deswegen möchte ich mich bei Ihnen, Herr Spranger, aber auch bei den anderen beiden Kollegen herzlich bedanken. Das war eine außerordentlich wichtige Vorarbeit.

Als vor ein paar Jahren – wieder einmal – dieses Thema anstand und es wieder einmal die üblichen Pirouetten gab, mit dem wieder einmal genialischen Kunstgriff, eine Kommission einzusetzen, habe ich das zum Anlass einer meiner gelegentlichen Beschimpfungen aller Beteiligten genommen und gesagt, was diese Kommissionen angehe, wüssten wir ja, was für ein Schicksal sie hätten: Sie tagten regelmäßig, produzierten beachtliche Ergebnisse und die gingen dann ins Archiv. Das jedenfalls ein bis zum März des vergangenen Jahres bestelltes Gutachten aufgegriffen und umgesetzt werden würde, hielt ich nach meiner parlamentarischen Erfahrung für ausgeschlossen. Viele andere haben damals ebenfalls gesagt und gedacht, dass die Kommission bis dahin kein Ergebnis produzieren würde, und waren ebenso angenehm vom Ergebnis wie unangenehm vom Zeitplan überrascht, dass die Kommission tatsächlich pünktlich, wie bestellt, diese Ergebnisse vorlegte. Dass die Fraktionen den Mut nicht haben würden, die Kommissionsergebnisse, noch vor Ende der letzten Legislaturperiode aufzugreifen und umzusetzen, war meine im Protokoll des Ältestenrates des Deutschen Bundestages festgehaltene, begründete Prognose.

Aber im Ergebnis können wir ganz zufrieden damit sein, dass die Umsetzung dann gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden ist. Dass dabei dann auch die analogen Regelungen für Ehemalige gefunden werden, versteht sich eigentlich, wie ich finde, von selbst – zumal ja jeder, der aktiv oder passiv an einem solchen Gesetzgebungsverfahren mitwirkt, wissen muss, jedenfalls wissen könnte, dass zwar nicht klar ist, wie lange er dem Bundestag weiter angehört, dass aber sicher ist, dass er „Ehemaliger“ wird. Und das dann lebenslanglich.

Ich will ein weiteres Thema anschneiden – das Buch von Roger Willemsen. Es verdient natürlich insbesondere deswegen Beachtung, weil es sich seit Wochen in der Spitze der Bestsellerlisten befindet, was jedenfalls eine Schlussfolgerung erlaubt: Das Interesse am Bundestag oder am Parlamentarismus ist keineswegs so gering, wie gelegentlich vermutet wird. Denn selbst ein vermeintlicher Verriss, den das Buch übrigens nicht darstellt, setzt ja mindestens voraus, dass es bei den Lesern ein Interesse am Gegenstand gibt; denn sonst interessiert auch nicht der Verriss an einem Sachverhalt. Es gibt also ein ausgeprägtes Interesse. Ich könnte im Übrigen jetzt, wenn das gewünscht wird, auch interessante jüngere Entwicklungen in der berühmten Frage nach der Reputation von Verfassungsinstitutionen, Einschätzung von Qualität, Kompetenz, Integrität von Abgeordneten vortragen – da gibt es jedenfalls interessante Indizien dafür, dass der jahrelange Negativ-Trend eine nicht nur mikroskopische, sondern signifikante Kurskorrektur erfährt. Ob das ein neuer stabiler Trend wird, kann ich natürlich auch nicht beantworten, aber jedenfalls sind die neueren Zahlen sehr viel ermutigender als die alten. Ich kann es auch anders formulieren: Als ich 1980 in den Deutschen Bundestag kam, hatten 52 Prozent der Bevölkerung Vertrauen zum Deutschen Bundestag. Von da an ging es bergab. Ob da ein Kausalzusammenhang besteht oder nicht, damit werden sich später sicher einmal Biographen gründlicher beschäftigen. Jedenfalls ging es kontinuierlich auf Mitte der 20-Prozent-Werte bergab und wir sind im Augenblick wieder bei 39 Prozent, was immer noch kein Anlass für Triumphgeheul ist, aber jedenfalls eine andere Entwicklung erkennen lässt, als wir sie zwischenzeitlich mal hatten. Möglicherweise hängt sie auch damit zusammen, dass die Menschen zwar Vieles, was im Deutschen Bundestag beraten, verhandelt und am Ende entschieden wurde, wie beispielsweise

das Dauerkrisenmanagement in Zusammenhang mit dem Euro und den Krisen in den Mitgliedstaaten, zwar überhaupt nicht gemocht, aber am Ende durchaus mit Respekt registriert haben.

Der zweite Grund, weswegen ich überhaupt auf dieses Buch von Willemsen zurückkomme, ist, dass es vom Titel und auch von der medialen Verbreitung her natürlich ein Klischee bedient und damit etwas fortsetzt, das für die Vermittlung der Aufgabenstellung des Deutschen Bundestages – freundlich formuliert – unzureichend und – wirkungsbezogen formuliert – verheerend ist, nämlich die Reduzierung des Deutschen Bundestages auf den Plenarsaal. Was immer man von seinen einzelnen Beobachtungen halten mag, viele sind leider zutreffend, einem Anspruch genügt das Buch ganz sicher nicht, nämlich den Deutschen Bundestag zu beschreiben. Es beschreibt die Beobachtungen aus laufenden Plenarsitzungen und damit sicher den auffälligsten, aber weder den einzigen, vielleicht nicht einmal den spannendsten Teil der Arbeit des Deutschen Bundestages, und darauf muss man hinweisen. Wobei nun Roger Willemsen als Person durchaus zu den Leuten gehört, die solchen Argumenten zugänglich sind und er sich, das würde ich ihm schon unterstellen, sicher mit einem nüchternen Kalkül auf die Verkaufbarkeit eigener Beobachtungen auf diese etwas simple Perspektive reduziert hat. Aber er ist intellektuell aufgeschlossen genug, um einzuräumen, dass dies dem Anspruch der Beschreibung der Arbeits- und Wirkungsweise des Deutschen Bundestages nicht genügt. Übrigens habe ich ihm in einem gemeinsamen Interview gesagt: Bei allem, was man an tatsächlichen oder vermeintlichen Unzulänglichkeiten des Deutschen Bundestages vortragen mag, mir fallen nach vielerlei Begegnungen und Beschäftigungen mit anderen Parlamenten in der Welt keine Handvoll ein, die einen gleichen oder gar größeren Einfluss auf Sach- und Personalentscheidungen hätten wie der Deutsche Bundestag. Das Interview endete dann mit einer Demonstration aus unserer Devotionaliensammlung. Meine liebste Devotionale habe ich in den Vereinigten Arabischen Emiraten vor fünf oder sechs Jahren bekommen, die, wie sich das für arabische Staaten gehört, über ein ernst zu nehmendes Parlament nicht verfügen, wohl aber über ein Gebäude, in dem das Parlament nicht stattfindet, und das wiederum haben sie mir in einer vergoldeten Version überreicht. Und dieses, im wörtlichen und übertragenen Sinne, „goldige Beweisstück“ führe ich mit besonderer Freude immer Parlamentarismus-Kritikern vor. Und dann sagte auch Roger Willemsen, dass ihm sein eigenes Parlament doch lieber wäre.

Der letzte Punkt, den ich kurz ansprechen möchte, sind die neuen Verhältnisse in der laufenden Legislaturperiode unter den Bedingungen einer großen Koalition, die, wie Sie alle wissen, nicht das einzig mögliche Ergebnis dieser Wahl war, aber am Ende eben das Ergebnis, auf das sich die Beteiligten noch am ehesten verständigen konnten. Wobei mich persönlich übrigens durchaus überrascht hat, an welcher Stelle es gegenüber denkbaren Alternativen tatsächlich Vorbehalte gab und an welchen Stellen es sie nicht gab. Das will ich aber jetzt gar nicht vertiefen. Jedenfalls ist am Ende das zustande gekommen, was wir alle kennen und das bedeutet statistisch, dass die Koalition und damit die Regierung im Bundestag eine Mehrheit von 80 Prozent der Sitze hat und die Opposition damit nur über 20 Prozent der Sitze verfügt. Dass das nicht die Idealsituation eines lebendigen parlamentarischen Systems ist, ist nicht weiter erläuterungsbedürftig. Mindestens eine der beiden Oppositionsfraktionen, die sich darüber beklagt, kann dies allerdings nur mit halber Legitimation tun, weil sie eine andere Lösung hätte haben können. Das will ich aber gar nicht vertiefen. Klar ist, dass immer sichergestellt werden muss, dass Opposition nicht nur erlaubt ist, sondern auch stattfinden kann. Wir haben eine wochenlange, geordnete, nicht hysterische, wenn auch gelegentlich von Versuchen zu Übertreibungen gekennzeichnete Auseinandersetzung gehabt – mit einem sehr vorzeigbarem Ergebnis, auf das wir uns am Ende verständigt haben. Denn es gab

zwei Möglichkeiten: Alle Beteiligten mussten sich an dem orientieren, was dem Wahlergebnis und der Gesetzeslage entsprach. Dieser rechtlich zwar korrekten, aber politisch simplifizierenden Betrachtung der Welt stand dann die andere Vorstellung gegenüber, dass wir, wenn wir schon nicht unverzüglich Neuwahlen durchführen können, mindestens die Rechtslage ändern müssen. Das schien mir genauso wenig wirklichkeitsnah, auch nicht wirklich zielführend, denn wenn man einmal damit beginnt, je nach Wahlergebnis die Rechtslage mit Blick auf Minderheiten- und Mehrheitsrechte und Verfahrensregeln zu verändern, kommt man aus diesem Mechanismus nicht mehr heraus und erklärt damit das, was eigentlich unabhängig von Wahlergebnissen konstant sein soll, zu einer disponiblen Kategorie. Deswegen hatte ich im Ältestenrat vorgeschlagen, dass wir durch eine Beschlussfassung des Deutschen Bundestages die üblichen Minderheitenquoten in dieser Legislaturperiode in der Weise modifizieren, das überall da, wo unsere Geschäftsordnung 25 Prozent oder gar ein Drittel der Mitglieder eines Gremiums als Rechtsgrundlage für einen durchsetzbaren Minderheitsanspruch reklamiert, unterstellen, dass diese Mindestzahl gegeben sei, wenn beide Oppositionsfraktionen gemeinsam einen solchen Antrag stellen. Und das haben wir im Ergebnis, ich lasse jetzt mal alle Einzelheiten außen vor, durch eine auch enumerative Auflistung aller einschlägigen Fallkonstellationen – von der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, Enquete-Kommissionen bis zu Antragsrechten und Zeugenvernehmungen in Untersuchungsausschüssen – in einem Anhang zur Geschäftsordnung für diese Legislaturperiode geregelt. Ich halte das für eine mindestens vertretbare, in der Sache gelungene Regelung. Und auch an der Stelle bin ich übrigens ziemlich überzeugt, dass man weit laufen muss, um ein anderes Parlament zu finden, das bei einer ähnlichen Situation bereit und in der Lage wäre, sich mit dieser Frage überhaupt zu beschäftigen und dazu eine ähnliche Regelung herbeizuführen. Insofern haben wir bei manchem, was uns in diesen Tagen beschwert, auch durchaus Anlass zu sagen, wir haben im Laufe der letzten Jahrzehnte schon eine bemerkenswerte parlamentarisch-politische Kultur entwickelt. Deswegen ist mir auch bei gelegentlichen Einschlügen nicht wirklich bange, weil wir inzwischen ein Verhältnis von Konkurrenz und Konsens entwickelt haben, das uns in die Lage versetzt, die Balance immer wieder herzustellen, die man zwischen wichtigen und noch wichtigeren Anliegen braucht.